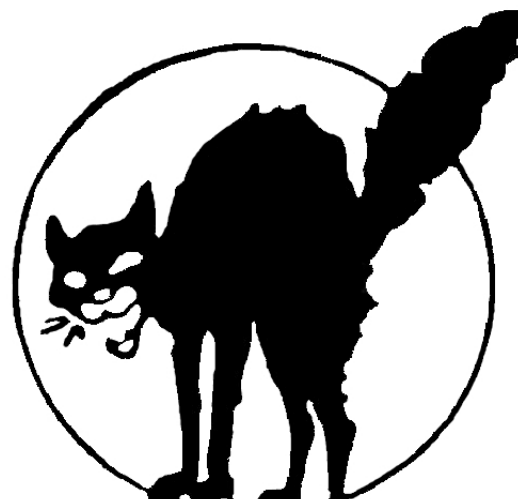


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union in der Schweiz

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch



Stolpersteine in Dornach

Wieder einmal gerät Swissmetal in die Schlagzeilen und wieder einmal stehen Massentlassungen, wenn nicht gar Werkschliessungen bevor. Die mehrheitlich französischen ArbeiterInnen zögern zu kämpfen, weil sie den Entzug der Arbeitsbewilligungen fürchten und die Unia versucht jegliche Selbstorganisation im Keim zu ersticken.



Editorial

Der Sommer ist langsam, aber sicher vorbei und die grauen Nebelschwaden des Herbsts dringen in unser Bewusstsein. Gleichzeitig ist es nötig die Lethargie der Hitze und der Ferien abzuschütteln und hinaus in den Nebel zu stehen. Denn in der nächsten Zeit stehen die Verhandlungen für den neuen Landesmantelvertrag (LMV) auf dem Bau an, der schlechter werden soll als der jetzige – und dieser war schon schlechter. Aber auch neben dem Arbeitsplatz ist es wichtig aufzustehen und zu sagen, dass es so sicher nicht weiter geht. Am 10. September hofft die SVP ihren Marsch auf Bern entweder ungestört durchführen zu können oder von Kravallen begleitet abbrechen zu müssen. Ihre Plakate zeigen es ja jetzt schon: Sie marschieren wieder... Hoffen wir, für uns und für alle anderen ohne eidgenössische Abstammung und Gesinnung, dass beide Optionen nicht funktionieren! Drei Wochen später am 1. Oktober findet dann eine schweizweite Demonstration zu Gunsten einer ganz anderen Schweiz statt: Für die Regularisierung aller Sans-Papiers. Kommt am 1. Oktober auf Bern und setzt ein Zeichen, dass es andere Leute gibt, die in den nationalen Grenzen dieser Schweiz leben. Leute, die keine Mehrere Millionen schwere Kampagne lancieren können, aber die trotzdem da sind. Auch Leute, die „immer schon da waren“ und trotzdem nicht in einen hurrapatriotischen Freudentaumel geraten. Leute, die ein „zusammen“ unter den Leuten wollen und ein „gegen“ für diejenigen, an denen ihr Lebensstandard zu Grunde geht: Den Bossen und PolitikerInnen. In diesem Sinne hoffen wir, dass nicht die sommerlichen Temperaturen das Einzige sein wird, was in diesem Jahr heiss war...

Eure FAUistas

Aus dem Inhalt

- Bau: ohne (bezahlte) Pausen.....3
- Das Aus für die Papier.....5
- Migros vs. Kleinbuchhandlungen..6
- Chile - ein Land im Umsturz.....7
- Von der Lüge der Wahl.....9
- Ein Spaziergang erklärt.....11
- Schweizer Anarchosyndikalismus?.....12
- Kultur.....15
- Rechtliches.....16

Der 21. Juli war ein kühler und regnerischer Tag. Sehr getrübt war auch die Stimmung an der Betriebsversammlung vor dem Swissmetal-Werk in Dornach. Seit mehr als zwei Wochen steht das Werk still und 300 ArbeiterInnen bangen um ihren Arbeitsplatz. Die Versammlung war von der Unia einberufen worden, um die Beschäftigten über die aktuelle Situation zu informieren und allfällige Massnahmen zu beschliessen. Eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung waren die Funktionäre erst einmal damit beschäftigt das Areal mit dem Unia-Logo zu schmücken. Überall wurden Unia-Fahnen montiert, damit ja allen klar wird, wer hier das Sagen hat.

(weiter auf Seite 2)

Dornach (von Seite 1)

Und so kam es dann auch. Ebenso wie das Bild, das sich bot, war auch die Versammlung dominiert durch die Unia.

Wie immer sozialpartnerschaftlich...

In bekannter Manier trat der Branchenverantwortliche der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie der Unia, Beda Moor, vor die rund 150 erschienenen ArbeiterInnen und informierte über die aktuelle Situation: Die Swissmetal-Leitung zeige sich nicht kooperativ, trotzdem müsse man jetzt auf Verhandlungen setzen, um die Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Dabei betonte er,

gestaltet: „Wir informieren euch [...] wir verhandeln für euch [...] wir unternehmen die weiteren Schritte“ usw. Die Unia wollte von Beginn weg an Stelle der ArbeiterInnen kämpfen und nicht mit ihnen. Sie gab die weiteren Schritte vor und liess diese per Applaus absegnen. Die zumeist französischen Arbeiter mussten während der Rede jeweils die Übersetzung abwarten. Bei der Beschlussfassung wurde darauf aber nicht Rücksicht genommen. Prompt nach dem auf deutsch ausgesprochenen Vorschlag, die sozialpartnerschaftlichen Massnahmen per Akklamation (also Applaus) abzusegnen, applaudierten einige Gewerkschaftsfunktionäre und ein paar verlegene Arbeiter

Mitgliedern zugute kommen und nicht allen Betroffenen.

Wie weiter?

So war denn die Stimmung unter den Beschäftigten nach einigen Regengüssen und einem nicht gerade animierenden Monolog nicht besser als zuvor. Eini-



Aktion der Dornacher ArbeiterInnen vor der BNP Paribas in Basel

die Unia würde niemals eine Firma wie Swissmetal angreifen, wenn es nicht wirklich sein müsste. Die Position der Unia wird ein weiteres Mal offensichtlich. Statt sich für die Interessen der ArbeiterInnen einzusetzen, die auch in Zeiten ohne Werksschliessungen nicht dieselben sind wie jene der UnternehmerInnen, geht es ihr hauptsächlich um die Wahrung ihres sozialpartnerschaftlichen Rufes.

...autoritär...

Anstatt Fragen zuzulassen, wurden die „wichtigsten Fragen“ vorweggenommen: „Wir wissen, welche Fragen euch bedrücken und werden sie hier beantworten.“ Mit dieser Feststellung konnten Unterbrüche und/oder emotionale Wortmeldungen bereits im Voraus vermieden werden. Überhaupt war die ganze Vorstellung sehr bevormundend

mit dazu. So wurde den Arbeitern faktisch ihr Stimme genommen.

...und ausschliessend

Als wäre das oben Beschriebene nicht problematisch genug, verwies der Unia Funktionär immer wieder darauf, dass sich die Unia hauptsächlich für ihre Mitglieder einsetze und diejenigen, welche noch nicht Mitglied seien, sich nach der Versammlung besser auch anmelden. Dass die neugewonnenen Mitglieder bis Ende 2012 Mitgliederbeiträge bezahlen müssten – dies selbst bei einer Schliessung des Werkes und während einer allfälligen Arbeitslosigkeit – scheint die Unia nicht weiter zu stören.

So kommt es, dass sich die Unia - die selbsternannte Stimme der ArbeiterInnen – kaum von einem Yacht- oder Golfclub unterscheidet: Die Privilegien und Vergünstigungen sollen nur den zahlenden

Swissmetal: Chronologie

- 1986: Die Metallwerke in Dornach (SO), Boillat in Reconvilier (BE), und Selve in Thun gründen die UMS Schweizerische Metallwerke AG
- 1989: Reorganisation unter der Marke Swissmetal
- 1991: Schliessung der Selve in Thun. 400 ArbeiterInnen verlieren ihre Stelle.
- 2000-2003: Swissmetal streicht über die Jahre über 400 weitere Stellen. Die Zahl der Beschäftigten beträgt nach 1200 im Jahre 2000 nur noch 760 (2003)
- 10.02.2003: In Dornach werden 45 Arbeitsplätze abgebaut.
- Sommer 2004: Refinanzierung des Unternehmens im Rahmen von 51.3 Millionen SFr. durch ein Bankenkonsortium.
- 16.-25.11.2004: 400 Swissmetal-ArbeiterInnen streiken aus Protest gegen Entscheide der Konzernleitung. Nach Vermittlungen und vereinbarten Investitionen und Lohnerhöhungen wird die Arbeit wieder aufgenommen.
- 8.11.2005: Swissmetal gibt bekannt, das Werk in Reconvilier zu schliessen und die Arbeiten auf Dornach zu konzentrieren. 150 ArbeiterInnen sollen ihre Stelle verlieren. Es kommt zu Protesten.
- Anfang 2006: Hedgefund Laxey Partners erwirbt Anteile von Swissmetal und erhöht diese schrittweise auf 32.9%
- Januar-März 2006: Erneuter Streik gegen Restrukturierungspläne in Reconvilier. Die eingesetzte Mediation bringt keine Einigung und die Umbaupläne werden durchgesetzt.
- 2007-2010: Nach gesteigertem Gewinn im Jahre 2007 gerät der Konzern erneut in finanzielle Schwierigkeiten. Es kommt zu Kurzarbeit und weitere Stellen werden gestrichen.
- 30.06.2011: An der Generalversammlung wird auf Druck von Hedgefund Laxey der gesamte Verwaltungsrat, mit dem Ex-Konzernchef Martin Hellweg an der Spitze, neu besetzt. Hellweg war bereits für die Restrukturierung in Reconvilier eingesetzt worden.
- 04.07.2011: Die Bank BNP Paribas verlangt als Gläubigerin die Metalllager in Dornach zur Kreditsicherung zu schliessen. Swissmetal stoppt die Produktion in Dornach und der im Text beschriebene „Arbeitskampf“ beginnt.

ge verabschiedeten sich rasch von ihren KollegInnen und meinten, sie hätten sich die Reise auch ersparen können. Andere, welche während der Versammlung nicht ans Mikrofon gelassen wurden, taten nun in kleineren Kreisen ihren Unmut kund: „Was sollen wir jetzt tun? Ihr sprecht eine halbe Stunde einfach um den heissen Brei herum. Soll ich mir einen anderen Job suchen oder nicht?“ Dem jungen Mann, der diese Fragen stellte, wurde vom Sprecher des betriebsinternen Grenzgängerkomitees und ehemaligen Unia-Funktionär geraten, wenn möglich einen anderen Job anzunehmen und sich von Swissmetal freistellen zu lassen. Anstatt ein kollektives Bewusstsein zu schaffen, wird auch hier die Belegschaft gespalten und das Individuum isoliert: Jeder und jede muss demnach für sich selbst schauen...

Dies stimmt alles doch eher nachdenklich... Wohin soll ein Arbeitskampf führen, wenn er auf individueller Basis geführt oder einfach den Zentralgewerkschaften überlassen wird? Als sich die Reihen lichteteten tauchten doch noch ein paar kämpferische Stimmen auf: „Falls das Werk während den Betriebsferien geschlossen werden soll, habe ich die Nummern meiner Kollegen. Da kommen wir dann schon nochmal vorbei.“ Was leider im nächsten Satz bereits wieder entkräftet wurde: „Die entziehen uns dann ja bloss unsere Arbeitsbewilligungen.“

Eine Mischung aus Wut und Angst trafen wir in Dornach an und - wie in zahlreichen Arbeitskämpfen zuvor - eine eher autoritätsgläubige Belegschaft und die dazu passende Unia. Wie aus Medienberichten zu erfahren ist, soll der Grossteil des Werkes stillgelegt werden und mindestens zwei Drittel der Belegschaft ihre Stelle verlieren. Für die Unia wird bald eine neue Frage in den Mittelpunkt rücken: Wie kann sie selbst eine derartige Niederlage zu einem Sieg verdrehen?

Paul Isler

www.direkteaktion.org	
	<h1>Direkte Aktion</h1> <p>[mehr als nur eine Zeitung]</p>
	<p>Probheft gratis! da-abo@fau.org</p>

Bau: Ohne (bezahlte) Pause



Plakat der FAU Bern zu den letzten LMV Verhandlungen 2007

Ein Bericht von Baustellen im Raum Bern einige Wochen vor dem Beginn der Verhandlungen für den Landesmantelvertrag (LMV) auf dem Bau.

Ab September finden wieder die Verhandlungen für den LMV statt. Die Baumeister drohen mit massiven Verschlechterungen der Verträge, die Zentralgewerkschaften nehmen dagegen Stellung – zumindest in Aussagen und ritualisierten Handlungen. Doch vielen BauarbeiterInnen reicht dies nicht. Anlässlich der „Bauarbeiterlands-gemeinde“ titelte die Unia-Zeitung work denn auch „Bauarbeiter fordern eine härtere Gangart“. Die Unzufriedenheit unter den BauarbeiterInnen ist gross, vor allem auch weil die Realität auf dem Bau bereits um einiges schlechter ist, als es eigentlich in den Verträgen festgeschrieben steht.

Pädu steht fünf Minuten vor halb sieben auf dem Werkhof einer mittelgrossen Baufirma, die vor allem Abbrucharbeiten erledigt. Auf dem Zettel den Pädu von seiner Temporärfirma hat, steht ja auch halb sieben als Arbeitsbeginn. Bezahlt wird allerdings erst ab der Baustelle, also ab sieben Uhr. Bis es halb sieben ist, stossen zwei weitere Temporäre dazu, welche er nicht kennt. Einige Minuten nachher kommt der Bauleiter aus der Türe des Büros und verteilt die modernen Tagelöhner auf verschiedene Baustellen. Pädu kommt zu einer Baustelle, auf welcher man in Verzug geraten ist. Der Bauleiter dreht sich zu ihm um und sagt: „Wir arbeiten hier zehn Stunden, ich hoffe das ist in Ordnung. Wir sind schliesslich hier um zu arbeiten.“ Pädu wird mich am Abend anrufen und sagen: „Zehn Stunden sind hart auf dem Abbruch, aber was will ich schon machen? Wenn ich auf meinen

neun Stunden, die im Sommer laut LMV gearbeitet werden dürfen, beharre, ruft der Bauleiter das Temporärbüro an und die werden mir im schlimmsten Fall nie mehr eine Arbeit vermitteln – Und was dann? Das Gleiche gilt übrigens für die Pausen: Nach dem Gesetz stünden mir ab siebeneinhalb Stunden Arbeit, eine halbe Stunde bezahlte Pause zu und ab neun Stunden Arbeitszeit sogar eine Stunde. Wir machen hier am Morgen eine Viertelstunde Znünpause und die wird uns abgezogen – aber selbst wenn ich ein halbes Jahr so gearbeitet habe, lohnt es sich für mich nicht meine Rechte einzuklagen, wenn ich dann keine andere Stelle mehr bekomme oder zu einem tieferen Lohn die selbe Scheisse erlebe!“

Dass auf dem Bau die Verträge nicht eingehalten werden, ist leider nichts Neues. Viele BauarbeiterInnen beklagen sich aber über einen verschärften Druck speziell während dieses Sommers.

Für die Baumeister ist es auch einfach die BauarbeiterInnen um kleinere Sachen zu betrügen, denn viele sind nur temporär angestellt und sitzen daher auf dem Schleudersitz: Sie sind nicht nur abhängig von der Laune des Arbeitgebers auf der Baustelle, sondern auch von den Bewertungen der Temporärfirma. Und dann natürlich können diese ArbeiterInnen nie sicher sein, dass sie im nächsten Monat noch einen Verdienst haben, denn die Kündigungsfrist beträgt beim Temporärbüro eine Woche und auf der Baustelle selber sogar nur zwei Tage. Und da diese BuezerInnen selten länger bei einer Firma sind, können sie sich kaum in der Firma durchsetzen, da unter den ArbeiterInnen kaum ein Zusammenhalt besteht und wegen dem häufigen Wechsel kann auch kein länger anhaltender Druck aufgebaut werden.

Bau (von Seite 3)

Pesche, der Polier einer grossen Baufirma, stapft durch staubige Kartonfetzen und Resten von blauem Isolationsmaterial. „Schau, mir geht es ja eigentlich gut. Ich bin seit Jahren dabei und bin nicht so schnell rauszuschmeissen, ich kann es mir leisten Gewerkschaftsarbeit zu machen und ab und zu mal ein bisschen das Maul aufzureissen. Trotzdem ist es heikel, vor allem jetzt – im Herbst sind ja LMV-Verhandlungen. Deswegen kommt ein riesen Druck von oben auf uns Búezer. Ich weiss ja, dass bei vielen Buden einiges schief läuft. Und dann wollen die Bauherren noch einen totalen Kahlschlag! Die Sklaverei wollen die am liebsten wieder einführen!“ Pesche bleibt in einer grossen Halle im Rohbau stehen, in der an einigen Orten Rohre verlegt und an anderen Gipswände eingezogen werden. Er zeigt auf ein Rollgerüst und an ein Bleistiftkreuz an der rohen Betondecke und gibt einem Handwerker Anweisungen. Er dreht sich um, entschuldigt sich, aber er müsse dringend die Heizungsmontere auf dem Dach einweisen und stapft mit dem Ruf: „Wir sehen uns bei der Demo am 24. September – oder am Streik nachher“ davon.

Der Bau ist immer noch eine Branche, in der ein verhältnismässig hoher Prozentsatz der BúezerInnen gewerkschaftlich organisiert ist. Im Baunebengewerbe (z.B. MalerInnen, GipserInnen) ist sogar die Branche mit dem höchsten Organisationsgrad. Doch die gewerkschaftliche Arbeit birgt auch immer Risiken, vor allem weil es in der Schweiz keinen wirklichen Kündigungsschutz für GewerkschafterInnen gibt. Und selbst wenn es gelingt die KollegInnen zu organisieren, heisst das noch lange nicht, dass irgendeine Verbesserung durchgesetzt werden kann. Für die diesjährigen LMV-Verhandlungen setzen die Bosse alles daran, die Verschlechterungen schon jetzt durchzusetzen, so dass eigentlich nur der jetzige Zustand verschriftlicht wird. Auf der anderen Seite hat der Berg Unia bisher nur die Maus einer einzelnen Demo geboren. Verschiedene FunktionärInnen erwarten bereits jetzt ein Fiasko an den Verhandlungen.

Der Unmut unter den BúezerInnen ist aber gross, viele wären auch durchaus motiviert etwas gegen die unsäglichen Zustände zu tun. Doch das Verhalten der Zentralgewerkschaften, welches die ArbeiterInnen als Desinteresse empfinden,



hilft nicht gerade den Kampfeifer zu entfachen. Die Mehrheit schluckt einfach den Stress und denkt eher über einen Jobwechsel nach, als darüber wie man den Bossen die Stirn bieten könnte.

Juan ist seit zehn Jahren bei der gleichen Firma und mittlerweile zum erfahrenen Kernbohrer und Betonfräser geworden. Er sitzt um viertel vor fünf in seinem Bohrbus und wartet. Er schwärme ja nicht unbedingt gerne von der guten alten Zeit. Als Spanier wisse er, dass früher nicht alles besser gewesen sei, doch er verstehe nicht, wieso sein Chef jetzt darauf besteht, dass er und seine Kollegen auf die Minute genau arbeiten müssen. „Seit einiger Zeit haben wir in unseren Autos diese Karten. Wenn die Karten nicht eingesteckt sind, fährt das Auto nicht los und wenn du die Karte einsteckst, ist deine Arbeitszeit zu Ende. Du musst auf die Minute genau von der Baustelle wegfahren, sonst wird dir die Zeit vom Lohn abgezogen. Das war früher nicht so. Damals konnten wir auch mal um halb fünf Feierabend machen und es ging in Ordnung, aber jetzt... Jetzt muss ich im Winter eine Viertelstunde in der Kälte warten, wenn ich wie jetzt schon fertig bin und keinen Lohnverlust will, denn etwas anderes arbeiten kann man um viertel vor fünf einfach nicht mehr!“ Und mit einem sarkastischen Lächeln auf den Lippen fährt er fort „Dafür bezahlen sie uns auch die Znünpause nicht mehr.“

Bei vielen Kernbohr- und Betontrennfirma ist es genauso wie bei der von Juan: Stechkarten überwachen die Arbeiter, damit diese ja nicht weniger arbeiten, als gefordert. Da die KernbohrerInnen meistens alleine arbeiten und teilweise

mehrmals den Ort wechseln, war diese Variante der Durchsetzung eines kompromissloseren Arbeitszwangs für die Bosse wohl die bessere Lösung. „Auf dem Bau wird nicht gminüttelet [die einzelne Minute gezählt]“ heisst es immer noch bei einigen Firmen, doch seit die Baufirmen die Betontrennbranche in Tochterfirmen ausgelagert haben und so aus dem Bau-LMV rausgebracht haben, sind Verschlechterungen an der Tagesordnung. So verloren die ArbeiterInnen zum Beispiel den von ihnen in die vom Bau-LMV geschaffenen paritätischen Fonds eingezahlten Anteil. Und die Fonds des Betontrennbranche sind um einiges weniger gut gefüllt.

Pädu, der Temporäre auf dem Abbruch, hat sich dann später noch einmal gemeldet, bei ihm auf der Baustelle habe es ja noch andere Temporäre gehabt. Der eine habe sich an einem Freitag Nachmittag am Fuss verletzt und deswegen am Montag und Dienstag SUVA gehabt. Dieser Temporäre habe dies am Montagmorgen dem Bauführer rechtzeitig gesagt. Als er am Nachmittag auf dem Temporärbüro den Papierkram erledigen wollte, telefonierte der Bauführer dem Temporärbüro und informierte dieses, dass dieser Temporäre nicht mehr zu kommen brauche. Pädu meinte dazu: „Wenn da schon Leute gesetzeswidrig gekündigt werden, weil sie zwei Tage krank geschrieben sind, wie soll ich dann meine Stelle behalten, wenn ich für meine Rechte eintrete? Und wie können denn solche Arbeitsbedingungen noch verschlechtert werden?“

Das Aus für die Papierer

Der rauchende Koloss, der den Menschen aus Biberist und Umgebung für Jahrzehnte Brotversorger war, dieser grosse Haufen Betongrau in der doch eher ländlichen Landschaft Biberists gibt es jetzt definitiv nicht mehr in der gewohnten Form. Die Suche nach Investoren sei erfolglos verlaufen, heisst es in der Medienmitteilung des Papierkonzerns Sappi. Ist ja auch kein Wunder, denn Sappi wollte nur unter der Bedingung verkaufen, dass kein Papier mehr hergestellt werden darf. Und was will ein Investor mit einer Papierfabrik anfangen, die kein Papier produzieren darf? Den verbliebenen rund 420 ArbeiterInnen wurde gekündigt, die Fabrik bis Ende August runtergefahren und nun definitiv geschlossen.

Geschlossene Fabriken und hunderte von ArbeiterInnen, die auf die Strasse geworfen werden, ist in der Schweizer Industrie kein ungewohntes Bild, die genannten Gründe variieren von starkem Franken über hohe Energiekosten und Löhnen bis hin zu den immer wiederkehrenden Überkapazitäten. Aber eigentlich bleibt es beim selben Grund: Zu geringe Gewinne. Denn die meisten der geschlossenen Werke sind durchaus rentabel, werden aber geschlossen, damit mit den anderen Fabriken gleichviel produziert werden kann und also noch mehr Gewinne erzielt werden können.

Kaum Widerstand

Aus genau diesem Grund kann es durchaus gelingen, dass von der Schliessung bedrohte Werke gerettet werden können – es ist ja nicht so, dass von heute auf morgen das ganze Werk unrentabel wird oder dessen Produkte nicht mehr gebraucht werden. Doch um den Kampf um die Fabrik, um die existenzsichernden Arbeitsplätze zu gewinnen, muss natürlich gekämpft werden und genau das geschah in Biberist nicht. Ja, es gab zwei Demonstrationen für das Werk, eine mucksmäuschenstille vor dem Solothurner Rathaus und eine von den Standortgemeinden organisierte. Vor allem letztere zeigte eindrücklich, dass die Papierer in der Bevölkerung Rückhalt hat, doch es geschah nichts um diesen zu nutzen. Es gab keine Demonstrationen der Belegschaft, es gab keine Arbeitsniederlegung während der Auseinandersetzung, im Gegenteil: Die Betriebskommissionspräsidentin wollte sogar, dass noch härter und

noch disziplinierter und noch qualitativer gearbeitet wird, damit man Sappi zeigen könne, dass es sich lohne, in Biberist zu bleiben. Der Erfolg dieser Taktik war, dass die Konsultationsfarce verlängert wurde, zum Preis der unmittelbaren Entlassung von 134 ArbeiterInnen, die andern durften weiterhin für Sappi Profite produzieren, um dann nach Ablauf der zusätzlichen Frist genauso auf der Strasse zu landen, denn es gab ja keine neuen Ideen und Investoren.

... und jetzt?

Sappi hat am 20. Juli also die Papierer definitiv geschlossen und die „Arbeitnehmendenvertretung“ SPV, die ja Geld von Sappi zum Aufbau der Organisation erhielt, verhielt sich wie immer zahm wie ein Lamm, auch jetzt noch, auf dem Opferfisch des Profits.

Ein Sozialplan, welcher bis Ende 2012 gültig ist, wurde von SPV, Syna und Unia bereits im Mai ausgehandelt. Wer kann

habt zu verkaufen, sondern wollen alles an Konkurrenz ausrotten, anders kann man es nicht sagen und ist es auch nicht! das mitzubekommen, muss man auch kein Genie sein...“

Der Sozialplan sieht eine Abgangsschädigung vor, die vom Dienst- und vom Lebensalter abhängig ist und maximal 60'000 Franken pro Person beträgt. Insgesamt stünden 13 Millionen Franken bereit. Dieser Sozialplan wurde in der Facebookgruppe so kommentiert: „Also krieg ich dann mit Alter 29 und knapp 5 Dienstjahren 1 Apfel und 1 Ei oder wie?!? Warum komme ich eig. dann noch arbeiten? Moral hängt doch eh schon im Keller...“

Obendrein wird noch lapidar verkündet, dass die Pensionskasse der Papierfabriken Biberist und Utzenstorf, ein Relikt aus rosigeren Zeiten, ab Mitte Juni eine Kürzung der Freizügigkeit, also das Geld welches aus der Pensionskasse entnommen werden kann, auf 90 Prozent der



da noch sagen, dass die Gewerkschaften nicht bereits damals mit der Schliessung des gesamten Werks rechneteten? In der Facebookgruppe „Papierer Biberist – Wir sind gegen die Schliessung“ ist zu lesen: „Das war doch alles nur fake von der Sappi, damit sie vor der Öffentlichkeit besser dastehen. Ich habe von anfang an gesagt, dass die euch nie eine chance geben werden. Ich bin mega traurig. Ich bin mit der papierer aufgewachsen und fast alle in meiner familie haben dort gearbeitet, auch ich.“ und eine andere Person antwortet: „das hab ich auch immer gesagt. die hatten und haben nie die absicht ge-

Einlage beschlossen hat. Der Fabrikleiter Nicolas Mühlemann verkündete daraufhin, dass die Angestellten von Sappi Biberist in eine andere Kasse wechseln sollen, damit die Versicherten die Freizügigkeit erhielten. Doch unter welchen Bedingungen die Freizügigkeit bei diesen Kassen erkaufte wird, darüber wird geschwiegen.

Ein nettes kleines Detail zum Schluss: Die „Arbeitnehmendenvertretung“ SPV, die stärkste Organisation im Betrieb, hat sich bis heute nicht zur Schliessung der Papierer geäussert.

smf

Migros vs. Kleinbuchhandlungen

„Nein zu teuren Büchern“ heisst das Referendum, welches den Buchhandel erschüttert. Die InitiantInnen, Junge SVP und Jungfreisinnige, wollen damit die Wiedereinführung des festen Buchpreises verhindern. Laut den Genannten hält einzig der „freie Markt“ und der dadurch entstehende Konkurrenzkampf die Preise tief. Auch soll das Buchpreisbindungsgesetz den Kleinbuchhandlungen schaden. Mithilfe der Migros, welche in ihren ExLibris-Filialen aktiv zur Unterzeichnung aufgerufen hat, kam dieses vor kurzem zustande und wird voraussichtlich im Frühjahr 2012 zur Abstimmung kommen.

Die Migros handelt im Interesse von Kleinunternehmen? Das scheint fragwürdig... Viel wahrscheinlicher ist es, dass sie das Referendum als Werbung für ihren Discounter nutzt. Dieser solle, als einer von wenigen, seine KundInnen beim Buchkauf nicht abzocken; die Preise in den Buchhandlungen seien übersteuert. Dabei sind die Bücher, seit der Abschaffung der Buchpreisbindung im Jahre 2007, nicht wirklich günstiger geworden. Wer nicht nur sogenannte „Bestseller“ kauft oder sich hin und wieder einen schönen Bildband oder ein interessantes Sachbuch gönnt, hat es wahrscheinlich schon bemerkt. Nur ein verhältnismässig kleiner Teil ist günstiger, die breite Masse jedoch wird teurer.

Was ist die Buchpreisbindung?

Wenn ein neues Buch erscheint, legt der Verlag anhand der Produktionskosten, den Verkaufspreis fest. JedeR BuchverkäuferIn, egal ob Buchhandlung, Online-Shop oder Discounter, muss sich während 12 Monaten an diesen Preis halten. Danach ist der Preis für diese Ausgabe frei und darf auch teurer oder günstiger verkauft werden.

Oft hört man „Wieso soll man den Preis für ein Produkt festlegen? Bei z.B. T-Shirts käme niemand auf eine solche Idee!“. Doch kann man ein Buch wirklich mit industriell hergestellten Textilien vergleichen? Bücher sind mehr als nur „Produkte“ aus Papier, Karton und Drucker-schwärze. Sie sind voll von wunderbaren Geschichten, faszinierender Bilder und unglaublichen Informationen. Ausserdem kann beinahe jedes Buch, bei allen HändlerInnen gekauft bzw. bestellt werden.

Man kann bestimmt versuchen in einem Kleiderladen ein T-Shirt zu kaufen, welches man in einem anderen Laden gesehen hat, die Wahrscheinlichkeit dass man es bekommt ist jedoch verschwindend gering. Hinzu kommt, dass man bei einem Buch, anders als bei Textilien, ziemlich sicher sein kann, dass es nicht von Kindern zusammengeleimt ist.

Die Buchpreisbindung gibt den Buchhandlungen die Möglichkeit sich selbst zu bewahren und auch unbekannte Bücher aus kleineren Verlagen ins Sortiment aufzunehmen.

Wer bei ExLibris einkauft wird dort zwar alle aktuellen Bestseller finden und viel

handel massiv verschärfen zu müssen. Die Wiedereinführung der Preisbindung wäre ein erster Schritt dem Kapitalismus in dieser Branche die Stirn zu bieten. Ein Schritt welcher Junge SVP, Jungfreisinnige und Migros mit allen Mitteln zu verhindern versuchen.

Parteien und Grosskonzerne interessieren sich nicht für die Arbeitsbedingungen der Lohnarbeitenden. Leider ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich die ArbeitnehmerInnen des Buchhandels vereinen und gemeinsam kämpfen sehr klein. Das Problem ist in den Buchhandlungen und Verlagen zwar ein Thema, aber leider bleibt es bei bilateralen Diskussionen.



Münstergass-Buchhandlung in Bern

günstiger kaufen können, wer jedoch eine vielfältigere Auswahl wünscht, ist hier komplett fehl am Platz.

Ebenfalls interessant zu erwähnen ist die Tatsache, dass Bücher aus kleineren Verlagen bei Kleinbuchhandlungen oft preiswerter sind als bei den Filialisten. Da die Kleinbuchhandlungen im Normalfall die Preise der Bestseller nicht so stark drücken, können sie das breite Sortiment günstiger anbieten.

Früher war dies ein bewährtes System für den Buchhandel; durch das Anbieten der Bestseller zum Normalpreis konnten alle Bücher zum Normalpreis verkauft werden, die Bestseller haben das breite Sortiment querfinanziert. Es hat funktioniert, bis Staat und Grosskonzerne glaubten den Kapitalismus im Buch-

Vielerorts herrscht sogar der naive Glaube das Stimmvolk durchschaue die haltlosen Argumente des Referendums und werde richtig abstimmen. Andere haben sich bereits mit der Situation abgefunden und halten alle Bemühungen für sinnlos.

Wenn Buchhandlungen schliessen, sind die BüchhändlerInnen immer stärker konfrontiert eine Stelle in einem Discounter annehmen zu müssen. Dort werden sie genötigt Bücher als blosse Produkte zu verkaufen und sind einem immer grösser werdendem Druck auf Umsatzsteigerung ausgeliefert. In diesem bücherfeindlichen Umfeld aus Ignoranz und Profitgier geht ein BuchhändlerInnenherz kaputt.

Anina Hoffmann

Chile - ein Land im Umsturz

Schon seit fast 3 Monaten sind Studenten und Schüler nun schon auf der Strasse für eine öffentliche, kostenlose und gute Bildung. Da das heutige Bildungssystem, aufgrund einer Reform der Pinochet-Diktatur zu 60% privatisiert ist, die öffentlichen Schulen alleine von den zum Teil verarmten und korrupten Kommunen bezahlt werden und alle staatlichen Universitäten zu 90% von den Studierenden selbst bezahlt werden. Nach mehreren Monaten des Ignorierens durch europäische Medien hat mensch nun auch hier teilweise etwas über die Proteste gehört. Es sind Millionen die jede Woche, jeden Tag auf die Strasse gehen. Sie demonstrieren, besetzen ganze Universitäten und Schulen, schlagen jeden Abend um 9 auf Töpfe um sich Gehör zu verschaffen. Selbst in den kleinsten Dörfern gibt es jede Woche Demonstrationen.

„Die Menschen sind am Begreifen, dass diese Art der Regierung keinen Pfennig wert ist und das Thema der Bildung war der ausschlaggebende Punkt“ So ein Besetzer einer besetzten Universität in der Nähe von Santiago de Chile. Denn es sind nicht nur SchülerInnen und StudentInnen, die gegen die soziale Ungerechtigkeit protestieren. Sondern auch die ArbeiterInnen, RentnerInnen etc.

Diese soziale Bewegung ist, genauso wie zum Beispiel die Bewegung in Spanien, unabhängig von jeglichen Parteien. Sie ist ganz einfach die Sehnsucht der Bevölkerung Chiles vom enormen Reichtum ihres Landes etwas abzubekommen. Denn Chile ist, dank der Kupferförderung in den Anden und einer gut funktionierenden Industrie, eines der wohlhabendsten Länder Lateinamerikas. Jedoch sind die Einzigen die von diesem Reichtum profitieren ein paar reiche Familien, amerikanische Konzerne und das Militär. Da wegen Pinochet die Kupferförderung privatisiert wurde und das wenige, was in staatlicher Hand blieb, per Gesetz in die Hände des Militärs fließt. So ist, logischerweise, auch eine der Forderungen der Bewegung, die Wiederverstaatlichung des Kupferabbaus. Sie meinen, dass so eine kostenlose und qualitativ bessere Bildung für alle finanziert werden könnte. Dies ist allerdings nur eine der Forderungen der Bewegung.

Während dieser Proteste ist die Zustimmung für den Präsident Sebastian Piñera auf 24% gefallen, was die tiefste Zustimmung für einen Präsidenten seit der Pinochet-Diktatur ist. Mit Bemerkungen, wie „Nichts im Leben ist umsonst

noch das im Gesetz verankerte Recht auf Demonstration wahrnehmen wollten. An diesem schwarzen Donnerstag wurden mehr Gasgranaten und Tränengas verballert und Polizeischläge verteilt als je zuvor seit Pinochet. Jugendliche von 13



Ein Student posiert vor Carabineros

[...] so auch nicht die Bildung oder die Krankenversorgung“ rückt er sich immer mehr ins Abseits. Nach zwei Monaten Proteste präsentierte Piñera eine Reform als Antwort. Jedoch bestand diese nur darin ein paar Stipendien mehr zu verteilen und ein paar Pesos mehr in die Bildung zu stecken. Diese angebliche Reform wurde von den Protestierenden und der, mit einem indirekten Mandat zur Sprecherin gewählten, Camila Vallejo, welche ausserdem Präsidentin des Studentenkomitees ist, abgelehnt. Ihre Begründung: „Wir wollen keine Veränderung des Systems, wir wollen ein neues System“. Darauf wurde ein neuer Bildungsminister ernannt, der jedoch noch konservativer ist als der alte. Kurze Zeit darauf wurden die regelmässigen Demonstrationen am Donnerstag verboten, Piñera: „die Zeit der Demonstrationen hat jetzt aufgehört“. Der Innenminister Hinzpeter fügte noch hinzu: „Schuld für die Toten werden die Demonstranten haben“. Dies läutete einen Tag der härtesten Repression, von Seiten der Carabineros (Chilenische Polizei, welche nach Luftwaffe, Bodentruppen und Marine die vierte Einheit des Militärs ist) gegen die DemonstrantInnen ein, welche den-

Jahren wurden aufs Brutalste verprügelt, Gasgranaten explodierten in den Gesichtern der Leute. Der Tag endete mit über 600 Gefangenen und einer hohen Zahl an Verletzten. Organisationen wie Amnesty International riefen die Regierung dazu auf weniger Gewalt anzuwenden. Dies war auch der Tag an dem die internationale Presse endlich Notiz von dieser Bewegung nahm.

Als Reaktion auf die übermässige Gewalt von Seiten der Carabineros und die daraus folgende Gefahr für Kinder und Familien, ruft die Bewegung nun jeden Sonntag zu einer Familiendemonstration auf, welche nur in Nebenstrassen geführt wird, um so eine Erlaubnis zu bekommen. Die erste fand am 7. August statt, allein in Santiago kamen 70'000 Menschen zusammen und im ganzen Land bis zu einer Million.

Der zentrale Gewerkschaftsverband CUT (Central unitaria de trabajadores) rief als Reaktion auf den schwarzen Donnerstag zu einem zweitägigem Generalstreik am 24. und 25. August auf, an dem 20% der Bevölkerung teilnahmen. Die tiefe Beteiligung liegt aber wahrscheinlich an Entlassungsdrohungen

Chile (von Seite 7)

gen von Seiten der Arbeitgeber gegen die, die gewollt waren zu Streiken. Denn gleichzeitig gab es drei Nächte lang Töpfeschlagen, drei Nächte des Barrikadenbauens und zwei Tage Demonstrationen, mit jeweils 600'000 Demonstrierenden in ganz Chile. An diesen Tagen gab es, wie jetzt immer, massive Repression gegen die DemonstrantInnen von Seiten der Polizei. Am 25. August wurde dann auch ein sechzehnjähriger Jugendlicher von den Carabineros erschossen, ausserdem gab es mehrere Dutzend Schussverletzte und mehr als 1'400 Gefangene im ganzen Land. Das Innenministerium dementierte nach dem Tod des Jugendlichen, dass es sich um eine Kugel der Carabineros handelte und dass sie den Vorfall untersuchen werden, allerdings meinten die Carabineros sie sähen kei-



Cacerolazo - Protest mit Kochtöpfen

nen Grund für eine Untersuchung. Camila Vallejo forderte darauf den Innenminister Hinzpeter dazu auf, umgehend zurückzutreten.

Am Dienstag den 30. August besetzten StudentInnen, mit der Forderung Hinzpeter solle zurücktreten, für zwei Stunden das Bildungsministerium. Ausserdem bekräftigten sie noch einmal, dass sie nicht aufhören werden zu protestieren bis ihre Forderungen erfüllt sind.

Vor ein paar Tagen gab es Demonstrationen in Brasilien wo SchülerInnen und StudentInnen forderten, dass auch ihre Regierung mehr in Bildung investieren soll (allerdings gibt es in Brasilien keine Semestergebühren). Sie riefen Parolen wie „Chile, Freund, Brasilien ist bei dir“. Camila Vallejo meinte daraufhin „Wir wollen die Einheit der StudentInnenbe-

wegung in Chile, in Brasilien und in ganz Lateinamerika bekräftigen“. So kann mensch hoffen, dass sich die Bildungsproteste und die damit verbundenen sozialen Proteste nun wie der arabische Frühling zum lateinamerikanischen Frühling entwickeln (Im mittleren und südlichen Teil von Chile fängt in diesen Tagen der Frühling an).

Da die Gewalt sich Demonstration um Demonstration steigert und die Regierung weiterhin behauptet sie käme von Seiten der DemonstrantInnen, wurde nun angedroht am 11. September, den Tag des Militärputsches in Chile, das Militär aus der Kaserne zu holen und auf die Demonstranten zu hetzen.¹

Die Bewegung betont heute mehr als früher das sie nicht aufhören werden bis sie garantierte Zusagen ihrer Forderungen

bekommen. Was bei einer solchen Regierung eher schwierig ist.

Vielfältige Aktionen als Protest

Um auf den staatlichen Universitäten kostenlose Bildung anbieten zu können, sind 1800 Millionen Dollar im Jahr nötig. Deshalb kam eine Gruppe von StudentInnen auf die Idee, ihren Protest so zu äussern, dass sie 1800 Stunden durchgehend um die Moneda (Präsidentensitz) laufen. So wurden Stunden verteilt und Menschen jeden Alters und aus vielen so-

¹ In Chile muss nur Wehrdienst leisten, wer nicht studiert. Frauen können auf freiwilliger Basis Wehrdienst leisten. Allerdings ist für Arme das Militär eine gute Alternative da mensch eine Ausbildung bekommt, einigermaßen gut bezahlt wird und nach amerikanischem Modell das Studium finanziert bekommt.

zialen Schichten sind so Tag und Nacht gerannt – und das im im chilenischen Winter, wo es in der Nacht bis zu -5 Grad werden kann. Am 23.8.2011 haben sie es geschafft.

Die selbe Aktion wurde nun auch nach Valparaiso gebracht, wo die Menschen um das Parlament joggen, welches von Pinochet dorthin verlegt worden ist.

Eine andere Aktion ist ein Hungerstreik der nun seit fast 1½ Monaten andauert. Die hungerstreikenden SchülerInnen sind zwischen 16 und 18 Jahre alt. Seit ein paar Wochen leiden sie an gesundheitlichen Problemen. Eine von ihnen wurde bereits ins Krankenhaus verlegt.

Seit dem schwarzen Donnerstag, ist auch wieder eine Tradition aus der Zeit der Pinochet-Diktatur aufgekommen, das Topfschlagen. Hierbei gehen die Leute auf die Strasse vor ihrer Haustür und schlagen eine Zeit lang, so laut wie möglich, mit ihren Kochtöpfen. In manchen Städten oder Vierteln von Santiago ist es zur Tradition geworden sich dazu auf dem zentralen Platz zu versammeln und zu einer „Melodie“ zu schlagen. Alle Woche gibt es ungefähr drei dieser „cacerolazos“ genannten Lärmproteste, dabei kann mensch auf der Strasse nicht mehr sein eigenes Wort hören. Fast alle Menschen in den Viertel der Unter- und Mittelschicht schlagen zum Beispiel in Santiago de Chile auf ihre Töpfe.

Eine andere Gruppen von AktivistInnen wandert zurzeit von Santiago de Chile zum Parlament in Valparaiso. Allerdings ist diese Aktion von einem eher rechtem Bürgermeister und einer sehr reichen Kommune in Santiago initiiert.

Die Rolle der Medien

In Chile ist es üblich fast immer den Fernseher eingeschaltet zu haben. In jedem Haushalt gibt es mindestens einen Fernseher und es ist üblich, auch unter ärmeren Familien, mehrere Fernseher in verschiedenen Zimmern zu haben. Es gibt 5 nationale Sender, der Rest ist Pay-TV, alle diese Sender gehören rechts orientierten, reichen Geschäftsmännern, ausser dem Sender TVN der staatlich ist und daher die Meinung der Regierung repräsentiert. Diese Sender besitzen alle eigene Nachrichtensendungen, die allerdings der Qualität von *Blick am Abend* in Fernsehversion gleichen. So kommt in der, mit Werbepausen, über eine Stunde dauernden Nachrichtensendung vor, dass eine Frau besonders gut kochen kann und ein Geschäft eröffnet hat oder welches das beste Essen in Las Condes (reichster

Bezirk Santiagos) ist. Nebenbei kommen dann auch noch ein paar wichtige Nachrichten bis dann am Schluss noch eine Viertelstunde über Sport berichtet wird. Es ist logisch, dass bei solchen Sendern der Vorwurf der gewollten Verdummung der Menschen kommt.

Die meisten Zeitungen haben ebenso wenig eine höhere Nachrichtenqualität, die heute grossen Zeitungen waren dieselben, welche beim Putsch von Pinochet die angebliche Befreiung vom Kommunismus bejubelten, und das aus freiwilligen Stücken. BesitzerInnen von Medienkonzernen in Chile sind reiche Leute und vertreten somit auch in ihren Medien die Meinung der Reichen.

So ist es kaum verwunderlich, dass mensch im argentinischen öffentlichen Kanal mehr qualitative Diskussionen und Nachrichten über die StudentInnenproteste sieht, als in Chile.

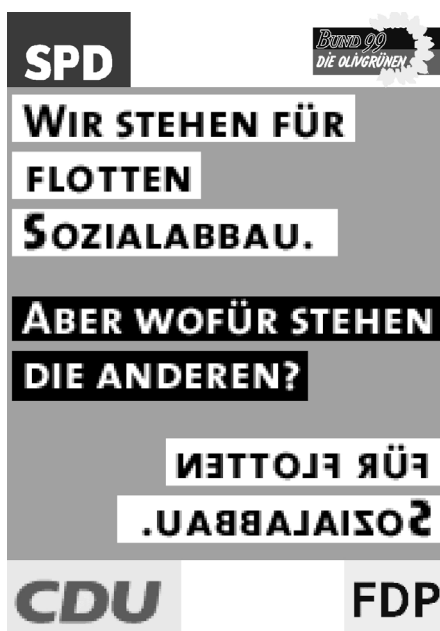
Um nicht ganz dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, dass die chilenischen Medien lügen, berichten sie ebenso über wichtige Fakten der Bewegung oder Aufdeckungen von illegalen Aktionen der Carabineros. Allerdings erst dann, wenn sich dies schon in der Bevölkerung herumgesprochen hat. So kam zum Beispiel heraus, dass viel von der Gewalt in den Demonstrationen von verdeckten „ErmittlerInnen“ der Polizei kam. Nachdem sich diese Nachricht unter den Menschen über Twitter oder von Mund zu Mund herumsprach, kam plötzlich eine Pseudo-Reportage über die verdeckten „Ermittler“. Jedoch haben die Medien danach trotzdem nicht aufgehört die Gewalt der Carabineros gegen die Demonstranten zu rechtfertigen. Ebenso werden häufig genug Nachrichten und „Reportagen“ über SchülerInnen und StudentInnen, der meist wohlhabenden Klassen, gebracht, die Angst haben ihr Studiumsjahr zu verlieren oder sich darüber beschweren, dass ihre KommilitonInnen sie nicht verstehen oder nicht beachten. Sie beschwerten sich auch immer wieder darüber, dass die BesetzerInnen nur ein Teil der StudentInnen sind und das diese nicht auf den Rest hören würden. Allerdings hat sich keiner von denen je auf einem Plenum blicken lassen, wo wöchentlich über die weitere Besetzung abgestimmt wird.

Dadurch, dass die Medien so manipulativ sind, haben viele Menschen angefangen Dienste wie Twitter oder ausländische Medien aus Argentinien oder Venezuela zu nutzen.

MSD

Von der Lüge der Wahl

Die Mechanismen zwischen der Wahl einer Partei und der (Aus-)Wahl eines Konsumproduktes ähneln sich vielfacher Hinsicht. Die gleichen Werbeagenturen, die uns den den Vorzug von gewissen Shampoos gegenüber „herkömmlichen“ Shampoos weismachen wollen, werden von den Parteien bezahlt, um den Wähler zu überzeugen, dass ihre Partei besser als die restlichen sei. Dass dabei der Hersteller von Shampoo B behauptet sein Produkt sei das bessere, gehört mit zum Spiel. Über Shampoo C brauchen wir gar nicht zu sprechen.



Ähnlich verhält es sich mit dem Wahlkampf. Wer sich einmal die Mühe macht, die verschiedenen Positionspapiere der Parteien durchzulesen, der stellt irritiert oder auch belustigt fest, dass die ähnlich wohlklingenden Parolen bei jeder Partei in fast gleich klingenden Sätzen wiederzufinden sind. So wird die Entscheidung für eine Partei nicht nach Programmpunkten gefällt, sondern nach dem Glauben, dass diese am ehesten mit dem eigenen politischen Weltbild übereinstimmt. Wer etwas gegen Ausländer und „Sozialschmarotzer“ hat, wählt eher rechts. Wer dagegen für die gesellschaftliche und internationale Solidarität einsteht, eher links. Wenn man beiden Positionen etwas abgewinnen kann, aber sich nicht mit einem der „Extreme“ identifiziert, entscheidet sich der/die politbewusste WählerIn für die Mitte. Genau das gleiche Verhalten legt der/die KonsumentIn beim Shampookauf zu. Sie/er entscheidet

Wahl nach Bauchgefühl, welches Marken- und Produktdesign am ehesten zu ihrem/seinem Lebensstil passt. Was sich im Endeffekt für Inhaltsstoffe im Produkt befinden, wird dabei zur Nebensache.

Beim Kauf des Shampoos kann man eigentlich nicht viel falsch machen. Die Funktion des Produktes bleibt die gleiche: Mit allen Shampoos lassen sich die Haare waschen, solange man nicht zu einer billigen Fälschung greift. Was ist aber die Funktion von Parteien und Politikern? Stimmt es das diese uns in Bern vertreten sollen?

Die Funktion der Partei

Parteien hängen fest mit dem Staat zusammen. Das Ziel einer Partei ist die Macht im Staat zu übernehmen, um die Geschicke der Regierung so gut es geht nach ihrer Meinung zu lenken. In der klassischen Demokratie, regiert ein Staatsoberhaupt mit Hilfe seiner ihm unterstellten Minister. Dazu bedarf er einer Parlamentsmehrheit, die dadurch zusammen kommt, dass sich verschiedene Parteien für eine Amtsperiode in einer Koalition verbünden.

In der Schweiz hat sich die politische Klasse darauf geeinigt, die Regierung in einer fortwährenden Koalition, im Bundesrat in dem alle staatstragenden Parteien teilhaben, zu organisieren. Dadurch kann sich der Bundesrat, unabhängig von parteipolitischen Manövern und Streit, vollkommen der Aufrechterhaltung der liberalen Staatsräson widmen.

Der Staat als Teil des Problem

Der Staat ist ein Herrschaftsinstrument. Er definiert sich durch einen oder mehrere Herrscher in der Form einer Regierung, durch eine Staatsbürokratie welche die Entscheidungen der Regierung ausarbeitet und einer Staatsgewalt, die unter Androhung von Zwang und Gewalt die Entscheide gegenüber den Beherrschten durchzusetzen hat. Der Staat ist somit eine riesige Hierarchie, in welcher ein Einzelner oder eine Gruppe von Personen Gesetze, die sich nicht gross von Befehlen unterscheiden, einer grossen Mehrheit aufzwingen kann. Interessanterweise empfindet ein grosser Teil der Bevölkerung den Staat nicht als Unterdrücker, sondern als Lösung ihrer Probleme. Sie hoffen darauf, dass der Staat

Lüge der Wahl (von Seite 9)

in ihrem Interesse handelt, den Zwang zu ihrem Gunsten anwendet. Dies, bilden sie sich ein, trifft zu, wenn ihre Partei des Vertrauens eine genügend grosse Mehrheit im Parlament besitzt. Sie sind auf die demokratische Lüge hereingefallen, also dass es sich bei dieser Staatsform um eine Volksherrschaft handelt.

Von Privateigentum und Oligarchie

Nicht das Volk hat in der Demokratie die Macht sondern das Kapital. Die Gesellschaftsform die weltweit dominiert ist der Kapitalismus, die Herrschaft des Geldes. Sowie das Geld unser aller Leben in Abhängigkeit hält, so verhält es sich mit dem Staat gleich. Er kann sich nicht gegen das Kapital stellen. Dies einerseits aus seiner den Kapitalismus schützenden Funktion im allgemeinen und andererseits weil er

sich neues Eigentum durch die Ausbeutung von ArbeiterInnen herstellen lassen. Bakunin nannte einst die Schweiz eine Oligarchie. Die Schweizer Bourgeoisie hätte mit dem Bundesstaat 1848 ihren eigenen Staat gegründet. Vergleichen wir seine Aussage mit dem Zustand des heutigen Bundesstaates, so hat er immer noch Recht behalten. Der Einfluss der Wirtschaft ist durch die enge Verflechtung von Banken, Unternehmertum und Politik gesichert. Wer im Interesse des Kapitals im Parlament handelt und abstimmt, kann sich sicher sein, dass er oder sie dank Verwaltungsratsposten und sonstigen Mandaten aus der Wirtschaft, für den Rest seines/ihrer Lebens finanziell ausgesorgt hat. Umgekehrt gibt es für UnternehmerIn oder BankerIn nichts einfacheres nebenbei noch in die Politik zu gehen. Bei den verschiedenen bürgerlichen Parteien werden diese mit offenen Armen empfangen. Die Parteienfinanzierung in der Schweiz

richtet sind. Sie sind genau gleich unfrei in ihrem Handeln vor der Diktatur der Gewinnmaximierung, wie der/die BankerIn oder der/die UnternehmerIn. Sie sind auch nur Zahnräder im Kapitalismus, mit dem Unterschied zu den ausgebeuteten ArbeiterInnen, dass sie in dieser Gesellschaftsordnung auf der Sonnenseite stehen und von dieser profitieren.

Zudem ist es illusorisch zu glauben, seine Bodenständigkeit beim Marsch durch die Institutionen zu bewahren. Macht korruptiert und macht auch vor PolitikerInnen aus der ArbeiterInnenklasse nicht halt. Das Sprichwort „Wenn du dich mit dem Teufel einlässt, verändert sich nicht der Teufel, der Teufel verändert dich“ bringt es auf den Punkt.

Die Demokratie dient zur Befriedung der Massen

Die Lüge der Demokratie hat den einfachen Zweck den Leuten den Kopf zu waschen. Sie sollen in gutem Gewissen die Entscheidung über ihre Leben an einen Experten, eine Expertin oder eine Institution im allgemeinen delegieren: An einen Politiker, an eine Gewerkschafterin, an einen Wissenschaftler oder an den Staat im allgemeinen. Das deren Rolle in dieser Gesellschaft dazu dient, den gesellschaftlichen Aufruhr und die Wut zu kanalisieren und im kontrollierbaren ordentlichen Rahmen zu halten, werden diese VertreterInnen und VerteidigerInnen der Demokratie natürlich nicht erzählen. Ihren Worten sind nicht zu trauen, egal in wie viel Verständnis, Freundlichkeit oder Ehrlichkeit sie verpackt sind. Im Idealfall gilt es sie zu ignorieren und Lösungen unabhängig von ihnen zu suchen.

Denn wahre gesellschaftliche Veränderung kann nur von den Massen der werktätigen und unterdrückten Bevölkerung selbst durchgeführt werden. In einzelnen kollektiven direkten Aktionen, die die jetzigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, gegen den alles unter seine Profitlogik unterordnenden Kapitalismus, verteidigen. Oder in einem gewaltigen kollektiven Aufstand, in welchem der Grundstein für eine neue freiheitliche Gesellschaft auf Basis der Verantwortung und der Freiheit über alle Bereiche des Lebens und der Arbeit gelegt werden kann.

Die Lüge der Demokratie kann nur mit der realen direkten Demokratie bekämpft werden, die auf der Basis des Alltags und der Probleme der Klasse der ArbeiterInnen und Ausgebeuteten aufbaut.



von den Vertretern des Kapitals durchgesetzt und gekauft ist.

Der Staat hat die heilige Ordnung des Privateigentums und des Geldes zu schützen. Die Ideologie des Eigentums, das Herrschaftsrecht an alltäglichen Dingen, welches mit Geld gekauft werden kann, ist fest in der Verfassung verankert. Jede Sache besitzt in der kapitalistischen Gesellschaft einen Wert in Geld. Sogar das Wissen, welches in Patenten der Allgemeinheit geklaut wird. Durch das Eigentumsrecht wird die gesellschaftliche Ungleichheit zementiert und zum System gemacht. Wer kein Eigentum oder Geld besitzt, muss seine Arbeitskraft verkaufen, damit er an Geld kommt um sich Eigentum zu kaufen oder zu leihen. Wer Eigentum besitzt, kann es entweder gegen Geld vermieten oder wenn es sich dabei um Produktionsmittel handelt,

ist zudem geheim. Dies bedeutet uneingeschränkte Freiheit, sich mit Geld seinen Einfluss in der Politik über die Finanzierung einer Partei zu kaufen.

Wer hat uns verraten...?

Jetzt könnte man noch einwenden, dass wenn nur eine gewisse Anzahl Vertreter aus dem einfachen Volk nach Bern geschickt werden würden und diese im Bundesrat und Parlament die Mehrheit hätten, dass diese dann im Sinne der arbeitenden Bevölkerung handeln würden. Dem ist aber bei weitem nicht so, denn auch die Regierung eines Staates ist in ihrer Handlung eingeschränkt. Sie kann keine Entscheidungen fällen, die gegen die Logik des Kapitalismus und die mit ihm eng verbundenen Finanzmärkte ge-

Jan Berliner

Ein Spaziergang erklärt

Die Raumplanung als Modell der Gesellschaftsformierung und -reproduktion

Gesellschaft und Raumplanung als Zugang zur gegenwärtigen Utopie zwischen kapitalistischen Zwängen und verträumten Idealen.

Eine Utopie verstehe ich als unerreichbares Ziel. Sie dient als Vorbild, dem die Gesellschaften, Gruppen oder Personen entgegen streben, welche die Utopie entworfen haben. Eine Utopie kann jedoch nicht erreicht werden, denn wenn die Utopie vergangener Tage erfüllt und zur Realität geworden ist, hat sich längst eine neue Idealvorstellung entwickelt. So zumindest das Konzept. Doch stimmt das auch? Nach welchen neuen Entwicklungen strebt denn unsere Gegenwartsgesellschaft? Wer hat Vorstellungen und Ziele; wer verhandelt mit wem über diese Entwicklungsdynamiken? Die letzte Frage will ich mit diesem Artikel gar nicht beantworten, eine weitere Kritik der lobbyistischen Kapitalismuspolitik schaufelt nur den vollgeschissenen Spielkastensand um. Vielmehr geht es darum in der Praxis zu schauen, wie sich die Ideale manifestieren. Den spezifischen Fokus lege ich auf den räumlichen Niederschlag dieser Entwicklung.

Dieser Artikel beginnt mit einem Blick auf die Gesellschaftsanalyse, geht weiter zum Raumerlebnis und eröffnet einige kritische Fragen. Dies soll der Erste von mehreren Artikeln sein, die sich mit dem Raum, der Raumplanung und ähnlichen Dingen auseinander setzen.

Eine Gesellschaft kann aus vielerlei Perspektiven betrachtet werden. Vor allem die an Politik und Wirtschaft orientierten Modelle, welche von einer marxistischen Analyse geprägt sind, haben die Tendenz, dies aus einem analytischen Verständnis heraus zu tun. Daraus resultiert oft eine einseitige Fokussierung auf die Wirtschaftsweise. Für eine Gesellschaftskritik ist dies ein vielversprechender Ansatz, der auch dem Schwerpunktthema Arbeit, um das die FAU sich kümmern will, einen Anfang bietet. Unserem holistischen Ansatz kann diese Perspektive jedoch nicht gerecht werden. Eine wichtige Frage zur Erweiterung des Ansatzes ist diejenige nach der Rolle der Akteure. In der Gewerkschaftsarbeit also die der ArbeiterInnen, Angestellten und natürlich die KonsumentInnen. Soll das Wirtschaftssystem als solches, also als System, beziehungs-

weise als Organisationsstruktur betrachtet werden, oder geht es um die Erlebbarkeit oder Verwendbarkeit durch die Akteure? Wollen wir also aus einer distanzierten und überblickenden Perspektive über eine zukünftige Handlungsweise nachdenken oder geht es darum die Menschen in ihrem „individuellen“ Alltag zu begleiten und daraus die Erfordernisse eines kooperativen anarcho-syndikalistischen Systems zu entwickeln?

Arbeit, Wirtschaft und Konsum bilden ein klassisches Dreieck, welches die Untrennbarkeit dieser Perspektiven aufzeigt.



Damit habe ich ein paar Schwierigkeiten. Vor allem die monothematische Überbetonung der Wirtschaft, bzw. die Schwierigkeit aus der Wirtschaft alle anderen gesellschaftlichen Subsysteme abzuleiten. Die Gefahr ist gross, daraus eine singuläre Logik zu entwickeln, also Regeln der Wirtschaft, des Kapitalismus, des Monetarismus etc. auf alle alltäglichen Belange anzuwenden. Dies geht nicht mit dem Verständnis einher, dass die Gesellschaft ein multipolares und unabhgrenzbares Gebilde ist, welches sich nicht in ein singuläres Gebilde pressen lässt.

Eine Gesellschaft kann auch über ihre philosophischen Vorstellungen angegangen werden, also über die politischen, religiösen, moralisch-ethischen Vorstellungskonzepte. Was intellektuell sehr fruchtbar sein kann, die Phantasie anregend und In-

novativ, beinhaltet aber auch die Gefahr des Dogmatismus und der Rechthaberei. Mentale Konzepte, losgelöst von der Praxis entwickelt, verlieren schnell den Boden unter den Füßen und damit den Anschluss an die Allgemeinverständlichkeit und Anwendbarkeit. Auf diese beiden Ansätze kann aber nicht verzichtet werden, so zumindest mein Verständnis der menschlichen Denkweise.

Wenn ich mich in diesen Gedankengängen verfranzt habe, hilft mir ein Spaziergang. Dieser beschäftigt den Körper und hilft

gleichzeitig den Kopf durch zu lüften. Zumindest mir hilft das ganz gut, wenn ich einem Gedanken nachhängen will. Dabei lasse ich mich gerne von den alltäglichen Erscheinungsformen auf den Boden der Tatsachen zurückholen. Ein Ausflug ins Grüne, vor allem in die „freie“ Natur gilt als besonders erholsam. Den Schritt in einen nahegelegenen Wald zu lenken, hilft also mehr als einem Bedürfnis von mir. Die Umwelt aktiv erleben, bringt immer wieder Analogien hervor, die Gesellschaft als solches versinnbildlichen. Es ist der Weg aus menschlicher Dichte und Aufdringlichkeit hin zum natürlichen, nicht reduziert geometrischen Erscheinungsbild, das den Gedanken eine Horizontenerweiterung anbietet. Keine rechten Winkel, keine parallelen Raster, welche Augen und Verstand in eine vorgefertigte

Spaziergang (von Seite 11)

Bahn zwingen. Grosse und Kleine Muster spiegeln sich wechselseitig. Die Arbeitsteilung lässt sich aus den Siedlungsstrukturen ablesen; die Zusammensetzung der Quartiere, nach Gebäudetypen und -alter, zeigen die Geschichte, zeigt den Transformationsprozess, den der gebaute Raum im Laufe der Zeit durchmacht. Je nach Weg aus der Stadt heraus führt der Spaziergang durch Wohn-, Gewerbe oder Industriequartiere, führt an grossen Einkaufszentren und „Vergnügungstempeln“ vorbei. Je nach Sinneseinfluss verändern sich der Gedankenfluss, ergeben sich diverse Assoziationen und somit Richtungen zum Weiterdenken oder eben Weiterfantasieren.

Spaziergänge haben auch den Vorteil, dass das Tempo ein ruhiges Denken zulässt, ein intensives und detailliertes Sinnieren, den mensch fliegt nicht in rasantem Tempo an den Eindrücken vorbei, sondern durchwandert sie Schritt für Schritt. Die Topographie muss erarbeitet werden. Ob sich ein Raumelement als Erlebnis oder als Hindernis präsentiert hängt mit der eigenen mentalen Einstellung zusammen und weniger mit der physischen Erscheinung. Umwege gibt es nur, wenn das Ziel und der Weg vordefiniert sind, nur wenn der Effizienzgedanke zur schnellst möglichen Verbindung zwingt. Das gilt bei einem Spaziergang eher weniger, und doch kann auch da der Weg lang werden. Dann wenn das Tempo zu langsam ist, wenn die Veränderungen nicht kommen oder zu klein sind. Wer kann sich schon über mehrere Kilometer damit beschäftigen, welche Briefkastenfarbe gewählt wurde, oder wie lang es wohl her ist, dass der Rasen gemäht wurde, wenn sich die Unterschiede auf einzelne Tage beläuft. Moderne Siedlungen lassen zwar Spannern und Exhibitionisten das Herz höher schlagen, doch als Gesellschaftsanalogie kommt einem



das nackte Grauen. Und doch, der Gedanke darf nicht zu vorschnell verdrängt werden. Ist es doch für viele Mitbewohner dieser Region selbstverständlich ihre Gedanken auf den Umschwung um die eigenen vier Wände zu beschränken. Vielen scheint es eben doch vollauf zu genügen, den Rasen einen Millimeter kürzer als der nachbar'sche zu halten und die graue Briefbox mit einem rot bekapteten Gartenzweig zu liieren, um das eigene Herz zum Hüpfen zu bringen. Als öffentlich wird der Teil des Gartens verstanden der einsehbar ist, der Rest ist Strasse, also Transportweg, und wenn gerade gnädig gestimmt – das heisst nicht mit dem Auto unterwegs – vielleicht noch als Spielplatz für Kinder. Gemeinsamer Lebensraum ist nicht nötig. Stell sich einer mal das Konfliktpotential vor, wenn die Eigentumsverhältnisse und der Verwendungszweck nicht restlos geklärt sind. Aus dieser Perspektive ist auch verständlich, dass Immobilieninvestierende und Strassenbauende jede Sekunde einen Quadratmeter überbauen. Rund ein Drittel der Siedlungsfläche, also der vom Menschen überbauten Bodenfläche, dient dem Verkehr.

spezialisierten Vorgaben, muss es immer ein Klubhaus sein, dass nur Bezahlenden zur Verfügung steht?

Die Immobilienkrise scheint nicht gereicht zu haben, den Leuten die Gefahren der individualisierten Raumentwicklung vor Augen zu führen. Die Auflösung tradierter Familienformen und –biografien bringt weder die Menschen noch die Investoren davon ab, primär Wohn- und Mieteigentum zu bauen, dass wenige Jahre lang einer drei bis vierköpfigen Familie entspricht. Familienplanenden sollte doch ein Warnsignal kommen, wenn sie vergleichen, wie lange sie ein Haus abzahlen und wie lange ihre Ehe voraussichtlich halten wird. Auch die Aussicht, dass die lieben Kinderlein im Alter nur Hilfe für eine Abschiebung ins Altersheim bieten und die Pflege nicht selber übernehmen können (oder wollen), verschwindet in dem Moment, wo die Möglichkeit des Wohneigentums auftaucht und wo der Traum der idealtypischen Familie greifbar wird.

s.deo

Schweizer Anarchosyndikalismus?

Es könnte einem Klischee über die Schweiz entsprungen sein, dass mit einem Streik in einer Schokoladenfabrik im März 1907 der Höhepunkt des helvetischen Anarchosyndikalismus erreicht werden sollte. Zu dieser Zeit legten die ArbeiterInnen der Schokoladenfabrik von Vevey ihre Arbeit nieder, um damit die Wiedereinstellung eines Genossen zu erzwingen.

Die ArbeiterInnen der Schokoladenindustrie um den Genfersee waren mehrheitlich in der „Fédération des Unions Ouvrières de la Suisse Romande“ (FUOSR) organisiert, einer revolutionär-syndikalistischen Gewerkschaft, die stark von einzelnen AnarchistInnen geprägt war. Der FUOSR gelang es, die Arbeitsniederlegung – durch Solidaritätsstreiks – in einen lokalen General-

streik zu verwandeln. Sie erreichte damit die Durchsetzung ihrer Forderungen, nachdem der Versuch der Regierung, den Streik mit aufgebotenen Militär zu brechen, unter anderem an der Militärverweigerung vieler FUOSR-Anhänger und der sympathisierenden Haltung der Aufgebotenen scheiterte. Die 1905 gegründete FUOSR wuchs damals auf fast 8'000 Mitglieder an und war damit

in der Westschweiz die dominierende gewerkschaftliche Kraft. Nach diesem Sieg aber verlor die Gewerkschaft, aus verschiedenen Gründen, immer mehr an Einfluss und löste sich während des 1. Weltkriegs auf. In der Ferrer-Schule, verschiedenen Kollektivbetrieben und Genossenschaften überlebten jedoch viele Projekte der FUOSR. Trotz dieses Beispiels lokaler Stärke des Anarchosyndikalismus, ist das Gebiet der Schweiz in der Geschichte nicht gerade für eine rege Tätigkeit dieser (a)politischen Richtung bekannt. Das hat nicht unbedingt etwas mit der fehlenden Verbreitung dieser Idee zu tun, als viel mehr mit einer speziellen Situation der helvetischen ArbeiterInnenbewegung. Im Unterschied zu anderen Ländern tolerierten die mehrheitlich sozialdemokratischen Gewerkschaften (vor allem in der deutschen Schweiz) in ihren Reihen revolutionäre und anarchosyndikalistische Neigungen und konnte sie so mehr oder weniger integrieren. Dies gelang nicht immer, was sie genauso mit Ausschluss und Stigmatisierung beantworteten, wie überall sonst, oder Abspaltungen erzwangen – durch Abspaltung entstand zum Beispiel die beschriebene FUOSR. Schon in der Anfangszeit waren anarchosyndikalistische Tendenzen in der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung vorhanden. Der erste Vertreter dieser Richtung war der aus Gotha stammende Julius Standau, der Mitherausgeber der in Lausanne erscheinenden „Blätter der Gegenwart für soziales Leben“ - der ersten deutschsprachigen anarchosyndikalischen Zeitung. Er war zu-

gleich Präsident aller Arbeitervereine der Schweiz. Die Handwerkervereine waren die Vorläufer der heutigen Gewerkschaften und setzten sich meist aus nichtschweizer Handwerkern und

Schwitzguébel vertrat einen Zwischenweg zwischen Bakunin und der Sozialdemokratie, wie übrigens auch mehrere spätere SekretärInnen des Bundes. Waren in der Westschweiz Kreise um Luigi



Kopf der zweisprachigen Zeitschrift le réveil anarchiste/il risveglio anarchico

Gesellen zusammen, die verschiedene ideologische Richtungen vertraten. Die anarchosyndikalische Richtung blieb immer integriert, ja beteiligte sich aktiv an der Gründung von Branchengewerkschaften, zum Beispiel der SchneiderInnen, der Holzarbeiter und Metallarbeiter, denn die Frühformen der schweizerischen ArbeiterInnenbewegung standen einem französischen Sozialismus à la Proudhon näher, als der konkurrierenden marxistischen Richtung. Es verwundert daher nicht, dass der 1880 gegründete Gewerkschaftsbund Adhémar Schwitzguébel als Sekretär einstellte. Dieser war einer der treibenden Motoren der I. Internationale im Jura, die der Vorläufer des Anarchosyndikalismus gewesen sein soll, wie ein schweizer Historiker schrieb.

Bertoni in Genf und in Lausanne um Jean Wintch um den Anarchosyndikalismus bemüht, so erlebte die Deutschschweiz eine Belebung der Idee durch die Mitherausgeber der anarchosyndikalischen Zeitung „Der Weckruf“, den Gebrüdern Nacht. Sie brachten in den Gewerkschaften die Frage des Generalstreiks auf den Tisch und berichteten in unzähligen Versammlungen vom Anarchosyndikalismus in Spanien und des revolutionären Syndikalismus Frankreichs.

Die SP-Führer konnten sich ihrer Argumente nur noch durch Verleumdung erwehren und manche ersetzten die fehlenden Argumente mit Drohungen und Schlägen. Fritz Brupbacher sowie Max und Minna Tobler wurden durch die Nachts bestärkt in ihrem Bemühen um den Anarchosyndikalismus. Aber auch Margarethe Faas Hardegger, die durch ihre Zeitung, die „Vorkämpferin“, welche im Rahmen des Gewerkschaftsbundes erschien, dem Anarchosyndikalismus Gehör verschaffte und ihn als grossartige Propagandistin in vielen Versammlungen zur Diskussion stellte. Ihr Erfolg und ihre Ansichten führten zu ihrem Ausschluss aus dem Gewerkschaftsbund. Immer wieder formierten sich kleine anarchosyndikalistische Gruppen und es erschienen revolutionär syndikalistische Zeitungen, wie zum Beispiel 1910 der „Arbeiter-Wille“. All diese Deutschschweizer Aktivitäten waren meist eng mit den GenossInnen in der Westschweiz verbunden und mit den bis heute bestehenden Grüppchen im Tessin. Auch einige religiöse SozialistInnen um Ragaz, wie zum Beispiel der Theologe Jean Matthieu, setzten sich für den Anarchosyndikalismus ein.



Lucien Tronchet und Luigi Bertoni - zwei anarchosyndikalische Gewerkschafter aus Genf

A-Syndikalismus? (von Seite 13)

Daneben existierten in allen grösseren Orten in der Schweiz italienischsprachige autonome Gewerkschaften: „Gruppo autonomo Sindicalista Muratori e Manovali“, an denen sich auch italienischsprachige SchweizerInnen beteiligten und die meist an anarchistische Gruppen angeschlossen waren, so zum Beispiel der Gruppe „Libertario“ in Zürich. Diese autonomen Gewerkschaften gingen mit der Zeit in den bestehenden reformistischen Gewerkschaften auf, wo sie die schon bestehenden anarchosyndikalistischen Strömungen zum Beispiel bei den Holz- und Bauarbeitern und in den Arbeiterunions von Genf, Lausanne, Basel und Zürich stärkten. Mit dem in der Schweizer Geschichte bedeutenden Generalstreik von 1918 hatten die Ideen einen kämpferischen Beweis ihrer Richtigkeit erbracht und doch, trotz dieser Bestätigung des richtigen Kampfmittels, verlor sich die Idee in der Deutschschweiz. Die AnarchosyndikalistInnen, wie die Toblers oder Jakob Herzog setzten jetzt ihre Hoffnung, beflügelt durch die russische Revolution, auf die neu gegründete KP, um in ihr immer mehr ihrer ursprünglichen Ideale abzulegen. Nur um Brupbacher in Zürich und um die Brüdern Köchlin und um Isak Aufseher (ein Veteran der Gruppe Deutsche Anarcho-Syndikalisten [DAS] in der spanischen Revolution) in Basel, überlebte die Idee des Anarchosyndikalismus in der Deutschschweiz im 2. Weltkrieg. In Genf war die Situation etwas anders. Dort konnten der Mitstreiter Bertoni und Gewerkschaftsaktivist Lucien Tronchet in der FOBB (Verband der Bau- und Holzarbeiter – heute Unia) eine starke anarchosyndikalistische Sektion aufbauen, die sich ideologisch durch



Generalstreik 1918 in Grenchen, wo die Armee scharf schoss


Personen wie André Bösiger bis in unsere Tage erhalten konnte. Es existieren denn auch bis heute in der Westschweiz verschiedene, leider zersplitterte und teilweise zerstrittene, anarchosyndikalistische Gruppen.

Nach dem Krieg versuchten die Gebrüder Köchlin in der Deutschschweiz den Anarchosyndikalismus zu beleben: So organisierte Heiner Köchlin mehrere 1.Mai-Feiern in Basel, an denen AnarchistInnen die Maiansprache hielten. Durch den neu erwachten Anarchismus in den 68ern und den 80ern tauchten immer wieder anarchosyndikalistische Gruppen auf, die versuchten, eine grössere Organisation, wie eine FAU, zu gründen – was bis heute nicht gelang, aber erneut versucht wird. Die Ideen aber von Selbstverwaltung und für ein „Leben gegen Chefs und Staat“ haben sich seit den 68ern rapid theoretisch

und praktisch, bewusst oder unbewusst, durchgesetzt durch die Gründung vieler Kollektivbetriebe und antiautoritären ausserparlamentarischen Bewegungen (zum Beispiel gegen die Armee).

W.P.

Dieser Artikel erschien zuerst in *Aktion. Anarcho-syndikalistische Zeitung der FAU (CH)*, Nummer 1 Dezember 1999. Für *di schwarzi chatz* wurde der Artikel an wenigen Stellen sprachlich geändert, ebenso wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Erstveröffentlichung zwölf Jahre zurück liegt.



abonnieren?

- Ich möchte die Direkte Aktion und di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 50.- oder mehr)
- Ich möchte nur di schwarzi chatz abonnieren (6 Ausgaben für 25.- oder mehr)
- Ich möchte folgende Anzahl Ausgaben von di schwarzi chatz abonnieren (6x1 Ausgaben für 25.-, 6x1 mit DA 50.-, je weiteres Exemplar schwarzi chatz 5.-).
Anzahl: _____

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:

di schwarzi chatz
c/o FAU Bern
Postfach 636
3000 Bern 25

oder:
zeitung@faubern.ch

organisiert

etwas mürrisch stand ich vor
seinem tisch

wollte wissen ob sie mir die
abgelaufenen sohlen bezahlen
würden

nö
meinte der sekretär
aber wenn du die leute auf
den baustellen organisierst
dann bekommst du einen
kleinen bonus dafür

das wäre wirklich toll
so was könnte ich gut
gebrauchen

also dann

er paffte an seiner zigarre
und blies mir den herben
rauch ins gesicht

danke schön

ich schloss artig die türe
hinter mir zu und lief eilig
an den paar arbeitslosen
die im gang rumsassen
vorbei

ich hatte mir das anders
vorgestellt
die arbeiter organisieren
dass liest sich gut in den
dicken büchern

und die leute die das
machten waren für mich
so eine art helden

gewesen

und ich lauf mir jetzt die
sohlen ab und darf mir
die flotten sprüche
anhören

verpiss dich

von: Hans Marchetto

handfeste arbeit

eigentlich liebe
ich es richtige arbeit
zu machen

ich meine so richtig
handfeste

zum beispiel
den bauschutt
wegzuräumen

oder mit dem
baustaubsauger
rum zu donnern

was ich auch mag
sind diese netten
leute die man dabei
so kennen lernt

he sie
machen sie da
den dreck weg

mach ich

und dann können

ja ja sie mich auch

aber was solls
es ist ja nicht so
dass ich das nicht
gerne machen würde

aber so schlecht
wars nun auch wieder
nicht als der motor
vom wagen nicht
ansprang

füllschaum im aus
puff ist halt wirklich
ne gute sache

von: Hans Marchetto

Im Morgengrauen

Über mir und dem eilenden Intercity
Himmelskuppel riesig grau und gelb
Dazwischen winzig und allein
Ein einzelner Baum
Im Feld
Allein

von: Niedźwiedzek

Sommernacht

Himmelhellblau zu dunkelblau
Alle Katzen werden grau
Aus bedrückender Schwüle
Wird angenehme Abendkühle
Kurzsichtigkeit normal
Äusseres Erleben langweilig und fahl
Sterne werden trinkwasserklar
Verzagte Berührungen wunderbar
Ohne störend moralhelles Licht
Wandern wir im Gefühlsdickicht
Durch untermalende Konservengesänge
Wird lange Kürze zur kurzen Länge
Von einsamer Einsamkeit
Zu gemeinsamer Zweisamkeit
Was für eine Pracht
Sternenklare Sommernacht

von: Niedźwiedzek

tankas

etwas hölzern wirken
seine worte und die
leute scharren mit den
füssen anstatt lohn gibts
nur schinkenbrote

hektisch läuft der polier
zwischen den baracken
hin und her
sie haben ihre helme
an den nagel gehängt

das **geräusch** von ent
weichender luft erfüllt die stille
der strassen in denen ein schatten
sich bewegt dem schein der
lampen ausweichend

von: Hans Marchetto

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf schon bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

Über uns...

Das Ziel der AnarchosyndikalistInnen ist eine ausbeutungsfreie, herrschaftslose und auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft.

Wir denken, dass es unmöglich ist, unsere Interessen mit StellvertreterInnen-Politik, wie sie zum Beispiel von Parteien, Kirchen und reformistischen Gewerkschaften betrieben wird, durchzusetzen. Daher lehnen wir die Vertretung unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da es in solchen Organisationen immer ein Machtgefälle zwischen „einfachen“ Mitgliedern und der Zentrale gibt.

Uns schwebt viel mehr eine Föderation lokal verankerter Gewerkschaften ohne FunktionärInnen vor, die allen, die ihre Dienste nötig haben, Hilfe zur Selbsthilfe bietet.

Um unsere Ziele durchzusetzen, dienen uns die Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Streiks, Besetzungen, Boykotte, etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit ab. Alle, die in diesem Sinne mitarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Das gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftssystem zieht seine Macht aus der Kontrolle über die Produktionsmittel und aus der tagtäglichen Ausbeutung der Arbeitenden. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus an seiner Wurzel. Damit die Kämpfe Erfolg haben können, müssen sie aber mit Kämpfen in anderen gesellschaftlichen Bereichen verknüpft werden.

Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an: info@faubern.ch.

Die Zeitung betreffende Kommentare und Ähnliches an: zeitung@faubern.ch.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol benutzt.



Anstellungsverhältnisse (Teil 1)

In der jetzigen und der nächsten Ausgabe stellen wir die verschiedenen Anstellungsverhältnisse und ihre Besonderheiten vor. Nächstes Mal folgen noch Aushilfe, Teilzeit, Scheinselbstständigkeit, Befristete Anstellung und Festanstellung

Temporärarbeit (über Temporärfirma)

Wenn du durch eine Temporärfirma für einen Betrieb vermittelt wirst, gilt seit 1991 das Arbeitsvermittlungsgesetz (AVG), welches folgende Bedingungen stellt:

- Temporärfirmen brauchen eine Bewilligung durch das Seco (Staatssekretariat für Wirtschaft).
- Der Arbeitsvertrag muss schriftlich sein. Es gibt einen Rahmenvertrag mit der Temporärfirma, der für alle Einsätze für dieser Firma gilt (regelt generelle Bedingungen wie Versicherung und Lohn im Krankheitsfall) und für jeden Einsatz einen separaten Einsatzvertrag (regelt Stundenlohn, Dauer des Einsatzes, Arbeitszeit).
- Auch bei Temporärarbeit müssen die Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen eingehalten werden, wenn der Einsatzbetrieb einem allgemeinverbindlichen GAV untersteht.
- Es gelten kürzere Kündigungsfristen:

zum 3. Monat:	mind. 2 Tage
4. bis 6. Monat:	mind. 7 Tage
ab dem 7. Monat	normale Bedingungen
- Nur bei kurzen oder unregelmässigen Einsätzen ist es erlaubt, die Ferien als Prozentsatz zum Stundenlohn abzugelten. Bei Einsätzen die regelmässig sind und über drei Monate dauern, muss die Ferienentschädigung dann ausbezahlt werden, wenn Sie Ferien beziehen.
- Wenn nach drei Monaten die Einsatzfirma eine Festanstellung anbietet, darf die Temporärfirma dafür keine Entschädigung verlangen.
- Temporärarbeit führt zu Nachteilen in den Sozialversicherungen, sofern

weniger Beitragstage als bei einer Festanstellung geleistet werden.

Es gibt keine rechtlichen Bestimmungen darüber, wie viel eine Temporärfirma vom von der Einsatzfirma bezahlten Betrag behalten darf. Hier erkennt man oft die schlechten Temporärfirmen.

Nützliche Adressen:

Informationen zu Gesamtarbeitsverträgen: www.seco.admin.ch (Themen -> Arbeit -> Arbeitsrecht -> Gesamtarbeitsvertrag)

Arbeit auf Abruf

Arbeit auf Abruf heisst, dass du jederzeit für einen Arbeitseinsatz bereit sein musst, aber keine Garantie bekommen, wie oft du arbeiten kannst. Das bedeutet auch, dass du nie weisst, wie viel du verdienen wirst.

- Die Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall richtet sich nach dem Dienstalter, die Höhe der Fortzahlung entspricht dem Durchschnittslohn der letzten sechs Monate.
- Auch die Bereitschaftszeit muss bezahlt werden. Allerdings kann der Lohn für diese Zeit geringer und im Einsatzlohn enthalten sein.
- Du hast ein Recht auf geplante Ferien. Nur bei völlig unregelmässigen Einsätzen können die Ferien als Prozentsatz zum Stundenlohn abgegolten werden.
- Es gelten die normalen Kündigungsfristen.

Achtung: Wenn die/der ArbeitgeberIn dich immer weniger einsetzt und du dadurch in finanzielle Not kommst, kannst Du nicht einfach stempeln gehen. Du hast immer noch einen laufenden Arbeitsvertrag, aber keine Arbeit.

Nimm mit der FAU Kontakt auf, wenn du plötzlich weniger Arbeit bekommst.

Wenn du das Recht hast, einen Arbeitseinsatz abzulehnen, handelt es sich um ein **Freelance**-Arbeitsverhältnis.

Kontakt

FAU Bern
www.faubern.ch
info@faubern.ch

Initiative FAU Zürich
www.fauzuerich.ch
info@fauzuerich.ch

di schwarzi chatz/DA-Abos
zeitung@faubern.ch